



Offener Brief an die Bildungspolitik

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,
sehr geehrte Frau Ministerin Theresa Schopper,
sehr geehrte Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker,
sehr geehrte Lehrkräfte, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler

Bildung betrifft uns alle. Sie entscheidet über Chancen, Teilhabe und die Zukunft unserer Gesellschaft. Als Schülerinnen und Schüler erleben wir jeden Tag, was gut funktioniert, aber auch, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Mit diesem offenen Brief möchten wir die aktuellen Herausforderungen benennen und konkrete Vorschläge machen, wie Bildungspolitik gerechter und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

(1) Bildungsgerechtigkeit

Der Bildungserfolg in Deutschland hängt noch immer stark vom Elternhaus ab. Der Bildungsbericht 2022 zeigt zum Beispiel, dass Kinder aus Akademikerhaushalten fast dreimal so häufig ein Studium aufnehmen wie Kinder aus nicht-akademischen Familien. Das widerspricht dem eigentlichen Anspruch von Bildung: nicht als Instrument der Klassenerhaltung zu wirken, sondern als Möglichkeit, jedem Menschen unabhängig von Herkunft und sozioökonomischem Status gleiche Chancen zu eröffnen.

Natürlich ist es eine Realität, dass Familien mit höherem Einkommen und höherer Bildung ihren Kindern mehr Unterstützung bieten können – sei es durch Nachhilfe, kulturelle Angebote oder ein stabiles Umfeld ohne existenzielle Sorgen. Kinder aus finanziell schwächeren Familien dagegen erhalten oft weniger Förderung und sind zusätzlich mit Belastungen wie Geldproblemen oder unsicheren Wohnverhältnissen konfrontiert. Diese Ungleichheiten wirken sich unmittelbar auf den Bildungserfolg aus.

Ein wichtiger Ansatz, um diese Unterschiede abzumildern, ist die Einführung der verpflichtenden Ganztagschule. Indem Kinder mehr Zeit in einer gemeinsamen Lernumgebung verbringen, erhalten sie unabhängig von ihrer familiären Situation bessere Möglichkeiten zur individuellen Förderung. Zwar ist die Umsetzung noch nicht überall optimal – etwa, weil es an Lehrkräften mangelt – doch insgesamt ist dieser Schritt ein bedeutendes Signal, auch wenn die Umsetzung noch auf wackligen Beinen steht.

Gleichzeitig muss man verstehen: Bildungspolitik allein kann die Folgen wirtschaftlicher Ungleichheit nicht vollständig ausgleichen. Sie kann nur abfedern, was an anderer Stelle falsch läuft. Wir Schüler:innen brauchen deshalb doppelte Unterstützung: eine Bildungspolitik, die uns gleiche Chancen eröffnet, und eine soziale Wirtschaftspolitik, die soziale Ungleichheiten wirksam bekämpft. Nur so können wir unser volles Potenzial entfalten.

(2) Demokratiebildung

a. Rechtsextremismus

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen in Deutschland – mit dem zentralen Ziel: „Nie wieder Faschismus“. Verglichen mit vielen anderen Ländern, etwa Italien, gelingt Deutschland diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte vorbildlich gut.

Dennoch existiert ein verheerendes Versagen: In Schulen wird vor allem vermittelt, was damals geschehen ist, aber zu wenig, warum es geschehen konnte. Wir Schüler:innen lernen, dass „die Nazis schlecht“ waren, doch wir lernen nicht, wie man faschistische Rhetorik erkennt, wir lernen nicht, welche gesellschaftlichen Dynamiken faschistische Bewegungen begünstigen und wir lernen nicht, wie man diese frühzeitig verhindern kann.

Gerade angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen zeigt sich, dass dieser Mangel schwer wiegt. Wenn es keinen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, was Faschismus eigentlich ist, fürchten sich Demokraten oft, ihn klar zu benennen und ihm wehrhaft entgegenzutreten. Damit bleibt der zentrale Bildungsauftrag – „Nie wieder Faschismus“ – unerreicht.

Eine solche „Lücke“ ist ein bildungspolitisches Problem und es ist ein verheerendes Versagen. Die Fähigkeit, Faschismus in seinen frühen Formen zu erkennen und abzuwehren, kann über das Leben und Sterben unserer Gesellschaft entscheiden. Wehrhafte Demokratie muss ihre Feinde erkennen können. Wir können es nicht.

b. Neutralitätsgebot

Aus Schülersicht ist das Neutralitätsgebot kritisch: Wer bei Hass und Ausgrenzung schweigt, ist nicht neutral, sondern lässt Intoleranz Raum. Wir erwarten Lehrkräfte, die klare Haltung zeigen. Demokratie lebt nicht vom Wegschauen, sondern vom Eintreten für Menschenwürde und Vielfalt. Neutralität darf niemals ein Vorwand sein, Unrecht zu dulden.

c. Holocaust & KZ-Besuche

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns klar für verpflichtende Besuche von KZ-Gedenkstätten und eine intensive Auseinandersetzung mit dem Holocaust im Unterricht ein. Die Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen darf niemals in Vergessenheit geraten. Nur wer versteht, wie systematisch Menschenrechte missachtet, Minderheiten verfolgt und Millionen ermordet wurden, kann sensibel und entschlossen für die Werte einer demokratischen Gesellschaft eintreten.

Wir sind überzeugt: Persönliche Eindrücke in Gedenkstätten hinterlassen eine nachhaltigere Wirkung als jedes Lehrbuch. Sie machen Geschichte greifbar und rütteln auf. Diese Erfahrung darf nicht vom Zufall abhängen, sondern muss für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend sein.

(3) Digitalisierung

a. Handynutzung

Handys sollen im Unterricht sinnvoll und geregelt eingesetzt werden. Wir fordern klare Regeln, die den pädagogischen Nutzen digitaler Geräte fördern, ohne dass sie zu Ablenkung führen. Ein generelles pauschales Verbot ist nicht zielführend, da digitale Kompetenzen für die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler zentral sind.

b. Private Endgeräte

Private Endgeräte sollen datenschutzkonform und pädagogisch sinnvoll in den Unterricht eingebunden werden. Die Schülerinnen und Schüler müssen lernen, digitale Werkzeuge verantwortungsvoll zu nutzen, ohne dass technische Hürden oder Unsicherheit ihren Bildungserfolg behindern.

c. Ausstattung mit schulischen Endgeräten

Alle Schülerinnen und Schüler sollen ab Klasse 5 mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden, spätestens jedoch ab Klasse 8. Die Ausstattung muss flächendeckend erfolgen und jederzeit funktionsfähig sein, um Chancengleichheit zu gewährleisten.

d. Digitale Plattformen

Digitale Lernplattformen an Schulen sind derzeit unübersichtlich, und die Zielsetzung ihrer Nutzung – insbesondere bei Microsoft – ist nicht klar definiert. Andere Länder setzen auf die konsequente Nutzung etablierter Anbieter wie Microsoft oder Adobe, was für Übersichtlichkeit, Verlässlichkeit und bessere Lernmöglichkeiten sorgt. Wir fordern daher eine klare, einheitliche Strategie für die Nutzung digitaler Plattformen.

(4) Infrastruktur

a. Schüler:innenbeförderung

Zum Start des neuen Schuljahres plant die Landesregierung, dass mehr Straßen vor Schulen gesperrt werden. Im Grunde ist der Vorstoß richtig und wichtig, denn viele Autos vor Schulen gefährden die Sicherheit von Schüler:innen. Wie das Ziel der Landesregierung, dass weniger Schüler:innen mit dem Auto zur Schule gebracht werden sollen, dadurch erreicht werden soll, ist aber höchst fragwürdig. Der Hauptgrund, warum Schüler:innen mit dem Auto von der Schule abgeholt werden oder dorthin gebracht werden, ist, dass insbesondere im ländlichen Raum die ÖPNV-Anbindung von Schulen oft unterirdisch ist. Nicht selten fährt morgens von manchen Dörfern überhaupt kein Bus zur Schule und noch öfters am Nachmittag keiner nach Hause. Ein weiteres Problem sind die Kosten, die oft nicht unerheblich sind. Gerade bei größeren Familien kostet diese Beförderung schnell über 1.000 oder sogar 2.000 Euro pro Jahr. Da ist es günstiger, die Kinder mit dem Auto zur Schule zu fahren. Wie diese Maßnahme gegen die eigentlichen Ursprünge des Problems helfen soll, ist uns völlig unklar. Im Zweifel führt diese Maßnahme zwar zu etwas mehr Sicherheit vor den Schulen, aber auch zu deutlich längeren Schulwegen, die im ländlichen Raum ohnehin schon lang sind. Die Landesregierung sollte stattdessen für eine bessere ÖPNV-Anbindung für Schüler:innen und günstigere Preise sorgen.

b. Schultoilette

Sanitäre Anlagen müssen in einem sauberen, funktionsfähigen Zustand sein, inklusive Klobrillen, Waschbecken und ausreichender Hygieneartikel. Eine gute Ausstattung reduziert Vandalismus und sorgt dafür, dass Schülerinnen und Schüler sich auf den Unterricht konzentrieren können, statt sich unwohl zu fühlen. In vielen Schulen fehlen zudem immer noch Trennwände zwischen den Pissoirs in den Jungstoiletten. Das sorgt für Unsicherheit, Scham und unnötigen Druck im Alltag. Wir fordern daher eine klare Ausstattungsvorgabe:

Trennwände müssen Standard sein, damit auch Jungen ihre Privatsphäre und Würde gewahrt wissen.

c. Kostenlose Hygieneprodukte

An unseren Schulen fehlen bis heute flächendeckend kostenlose Tampon- und Bindenspender. Für viele Schülerinnen bedeutet das Stress, Scham oder sogar Unterrichtsausfall. Wir fordern deshalb, dass an allen Schulen in Baden-Württemberg kostenlose Hygieneprodukte selbstverständlich verfügbar sind – als Beitrag zu Chancengleichheit, Würde und Bildungsgerechtigkeit.

d. Schulgebäude

Unsere Schulen bröckeln – im wahrsten Sinne. Marode Gebäude, undichte Dächer, kaputte Heizungen und veraltete Klassenräume prägen vielerorts den Alltag. Hinzu kommt ein eklatanter Mangel an moderner Ausstattung, der zeitgemäßen Unterricht massiv erschwert. So darf Bildung nicht aussehen. Wir fordern: sichere, sanierte und barrierefreie Gebäude, ausgestattet mit allem, was zeitgemäßes Lernen braucht. Investitionen in Schulgebäude sind keine Kosten, sondern eine Pflicht – für unsere Zukunft und die Zukunft der Bildung.

(5) Inklusion

a. Gleichberechtigung der SBBZ-Schulen

Schulen mit besonderen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) dürfen nicht länger benachteiligt werden. Oft fehlt es an Ausstattung, Personal und Anerkennung im Vergleich zu anderen Schularten. Wir fordern echte Gleichberechtigung: gleiche Ressourcen, gleiche Chancen und die gleiche Wertschätzung für alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von der Schulart.

b. Regelbeschulung von Schüler:innen mit Förderbedarf

Inklusion darf kein leeres Versprechen bleiben. Noch immer fehlt es an zu vielen Regelschulen an barrierefreien Räumen, ausreichend Fachpersonal und angepassten Lernmaterialien. Schüler:innen mit Förderbedarf haben das gleiche Recht auf hochwertige Bildung – und zwar nicht am Rand, sondern mitten in der Gemeinschaft.

c. Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist nicht verhandelbar. Jede Schule muss für alle zugänglich sein – ohne Ausnahmen. Deswegen fordern wir volle Barrierefreiheit in Gebäuden, Materialien und digitaler Ausstattung. Wer Bildung einschränkt, verletzt Grundrechte.

(6) Lehrkräfteversorgung

a. Geisterlehrkräfte

In Baden-Württemberg kamen durch eine jahrelange IT-Panne 1.440 Lehrer:innen-Stellen nicht zum Einsatz – obwohl eingeplant, vorhanden und dringend gebraucht. Diese „Geisterstellen“ sind kein Betriebsunfall, sondern ein Symptom eines Systems, das seine Pflicht zur Unterrichtsversorgung nicht einmal auf dem Papier erfüllt. Schüler:innen litten unter Unterrichtsausfällen, überlasteten Kollegien und leeren Fachstunden, all das, weil Behörden Fehler über zwei Jahrzehnte nicht bemerkt haben. Das ist vollkommen inakzeptabel. Es gab Warnzeichen, und diese hätten erkannt werden müssen. Wenn Schülerinnen und Schüler Unstimmigkeiten mit öffentlich verfügbaren Informationen

feststellen, dann ist es nur schwer zu erklären, dass diese dem Ministerium überhaupt nicht aufgefallen sind. Anders als öffentlich angekündigt haben wir bis heute keine Antwort auf unseren Fragenkatalog aus dem Sommer 2024 erhalten. Das ist schade und hinterlässt bei uns nicht das Gefühl, dass dieses Ministerium an einer ernsthaften Aufarbeitung interessiert ist. Zugutehalten muss man dem Ministerium jedoch, dass zum neuen Schuljahr ein Rekord an Lehrkräftestellen ausgeschrieben wurde und ein Großteil davon besetzt werden konnte. Das wird einen spürbaren Effekt haben, wenngleich damit die strukturelle Unterversorgung der Kollegien nicht beendet werden wird. Dazu wäre es über Jahre hinweg nötig, auf diesem Niveau einzustellen.

b. SBBZ-Versorgung

Die Lehrkräfteversorgung an unseren SBBZ ist katastrophal. Zahlreiche Stellen bleiben unbesetzt, Fachkräfte fehlen, und die Belastung für die vorhandenen Kolleg:innen ist enorm. Schüler:innen mit Förderbedarf haben Anspruch auf qualitativ hochwertige Bildung – doch ohne genügend qualifiziertes Personal wird dieser Anspruch systematisch verletzt. Deswegen fordern wir eine unbedingte Auslastung der Lehrkräfteversorgung sowie eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive bei SBBZ-Lehrkräften. Solange dieser Zweig existiert, muss er den Anforderungen der individuellen Bedürfnisse gerecht werden.

c. Lehrkräfteausbildung

Lehrkräfteausbildung muss mehr können als Fachwissen vermitteln – sie muss auf die Realität des Schulalltags vorbereiten. Lehrer:innen stehen täglich vor großen pädagogischen Herausforderungen und emotionalen Belastungen. Deshalb ist es unverzichtbar, dass schon in der Ausbildung mentale Gesundheit, Resilienz und Konfliktbewältigung gelehrt werden. Ebenso wichtig: praxisnahe Vorbereitung auf Unterricht, Inklusion und individuelle Förderung. Wir fordern eine Lehrkräfteausbildung, die zukünftige Pädagog:innen stark, kompetent und gesund macht. Nur so können sie langfristig Schüler:innen bestmöglich unterstützen und echte Bildung ermöglichen.

(7) Lehrpläne

a. Medienbildung

Die Einführung des neuen Fachs Informatik und Medienbildung ist notwendig und richtig. Ein neues Fach einzuführen ist immer ein großer Schritt und insbesondere in dieser Geschwindigkeit eine große Herausforderung. Dass die Landesregierung diesen Schritt geht, unterstützen wir und zollen diesem ausdrücklich Respekt. Trotzdem müssen wir zum aktuellen Stand konstatieren, dass die Einführung nicht wirklich gelungen ist. Es fehlt eine ausreichende Qualifizierung für die Lehrkräfte, die dieses Fach unterrichten, was der Unterrichtsqualität schaden dürfte. Außerdem wurden Schülerinnen und Schüler nicht an der Entwicklung des Fachs beteiligt, was das Potenzial dieses Fachs deutlich mindert. Schließlich geht es um ihre Lebensrealität in einer digitalen Welt, in der sie lernen müssen, sich zurechtzufinden. Wir hoffen, dass diese beiden Kritikpunkte in den nächsten zwei Jahren ausgeräumt werden.

b. Fächerkombinationen

Nach wie vor werden Gesellschaftswissenschaften im Abitur bei der Fächerwahl benachteiligt. Diese Benachteiligung gehört abgeschafft. Wenn die Landesregierung möchte, dass mehr Schülerinnen und Schüler die MINT-Fächer als Schwerpunkt wählen, dann müssen diese Fächer besser gefördert werden. Nach wie vor haben viele Schülerinnen und Schüler das Gefühl, dass sie in Gesellschaftswissenschaften besser abschneiden können als in Naturwissenschaften. Denn hier lässt sich im Zweifel immer etwas zum Thema sagen, anders als bei den Naturwissenschaften. Ein deutlich sinnvollerer Schritt wäre die

Erweiterung der Formelsammlung für die MINT-Fächer. Stattdessen wurde diese im Zuge der Umstellung auf die IQB-Formelsammlung gekürzt. Dabei sollte gerade in der Oberstufe nicht mehr abgeprüft werden, ob ich Formeln richtig auswendig gelernt habe, sondern ob ich sie richtig anwenden kann. Das konsequent abzuprüfen würde die Attraktivität dieser Fächer steigern.

c. Prüfungsformate und Hausaufgaben

Wir wünschen uns, dass – wie in Rheinland-Pfalz – unangekündigte Tests abgeschafft werden. Frau Schopper sollte dem Vorbild von Sven Teuber folgen und diesen Schritt ebenfalls gehen. Unangekündigte Tests führen nicht zu besseren schulischen Leistungen, sondern zu mehr Frustration und Angst, was einer guten Lernatmosphäre schadet. Außerdem müssen die bestehenden Prüfungsformate konsequent hinterfragt und erneuert werden. Es muss zukünftig Prüfungsformate geben, die auch gezielt den Umgang mit KI verlangen und prüfen. Anstatt Hausaufgaben muss mehr in der Schule gemacht werden, denn spätestens KI macht Hausaufgaben in der aktuellen Form nutzlos. Ebenso nutzlos sind GFS, die zu Hause vorbereitet werden. Denn schon vor KI wurde hier vor allem geprüft, wie viel Unterstützung ein:e Schüler:in zu Hause erhält. Inzwischen wird dieses Problem noch verstärkt, da KI den Prozess zusätzlich unterstützt, wenn Eltern die entsprechenden Kenntnisse und das Geld hierzu haben. Der Umgang mit KI muss jedoch in einem geschützten Rahmen unter gleichen Bedingungen geprüft werden.

(8) Pädagogik

a. Pädagogische Konzepte

Pädagogische Konzepte müssen konstant weiterentwickelt und den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Zeit angepasst werden. Stattdessen haben wir in der Schule immer noch hauptsächlich ineffektiven Frontalunterricht, bei dem sich die Schüler:innen freuen, wenn sie zur Abwechslung einmal selbst ein Experiment machen oder eine Debatte führen dürfen. Hierzu bedarf es aber nicht nur der richtigen Konzepte, sondern auch einer gezielten Schulentwicklung zu Gebäuden, die aktiven Unterricht ermöglichen, und Lehrplänen, die solchen Unterricht vorsehen.

b. Mentale Gesundheit

Unter Kindern und Jugendlichen grassiert eine Mental-Health-Krise, die nicht annähernd ausreichend von der Landesregierung adressiert und bekämpft wird. Damit lässt man nicht nur diese jungen Menschen in der Gegenwart im Stich, sondern riskiert auch, dass sie sich als produktiver Teil unserer Gesellschaft entfalten können. Wir brauchen viel mehr Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen. Wir fordern eine:n Schulsozialarbeiter:in pro 150 Schüler:innen und eine:n Schulpsycholog:in pro 300 Schüler:innen. Außerdem müssen junge Menschen einen besseren Zugang zu Therapieplätzen erhalten, anstatt ein halbes Jahr darauf zu warten. Das ist grob fahrlässig. Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, hat die Bundesschülerkonferenz die Mental-Health-Kampagne „UNS GEHT'S GUT?“ ins Leben gerufen, die vom LSBR unterstützt und mitgetragen wird. Damit wollen wir auf diese Krise aufmerksam machen. Die Politik ist nun dazu angehalten, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

(9) Schulsystem

a. Systemstruktur

Die aktuelle Struktur des Schulsystems ist viel zu unübersichtlich. Zwar ist das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ richtig und wichtig, aber trotzdem braucht es eine gewisse Übersicht, ansonsten verlieren viele junge Menschen den Überblick über ihre eigenen Möglichkeiten. Eine Vereinheitlichung der Schulstrukturen ist aus unserer Sicht langfristig unausweichlich. Um mit allen Akteur:innen diese langfristige Struktur zu bestimmen, fordern wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission Bildung.

b. Grundschulempfehlung

Die verbindliche Grundschulempfehlung ist aus unserer Sicht falsch. Wir sortieren zu früh und zu ungenau. Dabei hängt die Empfehlung oft auch maßgeblich vom sozioökonomischen Hintergrund ab. Das ist falsch und konterkariert das Ziel der Bildungsgerechtigkeit. Stattdessen muss eine Veränderung des Schulsystems ganzheitlich gedacht, gemeinsam ausgearbeitet und umgesetzt werden.

(10) Schüler:innenbeteiligung

a. Schüler:innenbeteiligung

Schüler:innen wurden bei der Bildungsreform 2024 maßgeblich übergangen. Entscheidungen über G9, Grundschulempfehlungen, Sprachförderung – all das wurde ohne hörbare Schülerstimmen getroffen. Demokratie heißt Mitbestimmung – hier wirkt es jedoch wie: Politik für uns, nicht mit uns. Gerade Mädchen, die im Schulklima, in der Ausstattung und in der Mitbestimmung oft unsichtbar sind, verdienen es, endlich ernstgenommen zu werden.

Wir fordern: Schüler:innen müssen nicht nur über Reformen informiert werden, sondern aktiv mitreden können – in Arbeitsgruppen, Anhörungen und Gesetzesentwürfen. Beteiligung ist kein Bonus, sondern Pflicht für gelebte Demokratie und gerechte Bildung. Und obwohl es einzelne Formate und institutionalisierte Wege gibt, über die Schülerschaft Bezug auf Gesetzesentwürfe nehmen kann, ist es besonders wichtig, dass von der Idee bis zur Entstehung konsequent die Beteiligung junger Menschen stattfindet, denn wir sind die Expert:innen für unser Leben!

b. Kommunikation zwischen SMVen und LSBR

Der Landesschülerbeirat (LSBR) ist die Stimme aller Schüler:innen in Baden-Württemberg. Doch diese Stimme kommt oft nicht dort an, wo sie hingehört: bei den einzelnen SMVen an den Schulen. Zwischen Landesgremium und Basis fehlt es an klaren Strukturen, regelmäßigen Rückmeldungen und direkten Austauschkanälen. So entsteht Distanz, wo eigentlich Nähe nötig wäre.

Deswegen fordern wir eine verbindliche Kommunikationsstruktur zwischen LSBR und SMVen, etwa landesweite Mailfächer für alle SMV, damit nicht nur der Kontakt zum Landesschülerbeirat, sondern auch zwischen den einzelnen Schülervertretungen hergestellt werden kann.

c. Stärkung des LSBR

Der Landesschülerbeirat vertritt 1,5 Millionen Schüler:innen in Baden-Württemberg – damit ist er die größte jugendpolitische Stimme des Landes. Wer den LSBR ignoriert, ignoriert die Betroffenen selbst. Es darf keine Bildungsentscheidung mehr geben, die nicht unter Beteiligung des LSBR getroffen wird.

Wir fordern: verbindliche Mitsprache in allen bildungspolitischen Prozessen, feste Sitzplätze in relevanten Gremien sowie die notwendige Ausstattung, um diese Aufgabe professionell wahrzunehmen. Schüler:innen sind keine Statist:innen, sondern zentrale Akteur:innen. Wer

Demokratie ernst meint, muss den LSBR systematisch einbeziehen – nicht als Option, sondern als Pflicht.

d. Schüler:innenvertretung auf Stadt- bzw. Kreisebene

Die meisten anderen Bundesländer haben ihrem Schulgesetz vorgeschrieben, dass es Kreis- und Stadtschülerräte geben muss. Baden-Württemberg gehört leider nicht dazu. Dabei ist es unerlässlich, dass die Schülerinnen und Schüler auf Ebene der Schulträger eine starke Vertretung haben, um ihre Anliegen deutlich machen zu können. Wir fordern deshalb die verpflichtende Einsetzung von Stadt- und Kreisschülerräten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landesschülerbeirat